

Findige Investoren bedrohen die Sicherheit des Westens

geschrieben von Chris Frey | 25. April 2022

Rupert Darwall

Seit Russland vor zwei Monaten die Ukraine angegriffen hat, haben die westlichen Regierungen auf harte Weise gelernt, wie wichtig Energie für ihre nationale Sicherheit ist. Deutschlands 20-jährige, [milliardenschwere](#) „Energiewende“ hat die deutsche Wirtschaft vollständig von russischen Erdgaslieferungen abhängig gemacht und die Reaktion auf russische Aggressionen beeinträchtigt. Der französische Präsident Emmanuel Macron sieht sich in diesem Monat einem härteren Kampf um seine Wiederwahl gegenüber, da die Energiepreise in die Höhe schießen und die alternde Flotte der [Kernkraftwerke](#) des Landes nicht ersetzt wird. Die Regierung Biden zapft die strategische Erdölreserve der USA an, um die Energiekosten zu senken, da die Inflation auf zweistellige Werte zusteuert.

Während sich der Westen mit den energiepolitischen Auswirkungen eines feindlichen chinesisch-russischen Bündnisses auseinandersetzt, hat die Lenkungsgruppe der Net-Zero Asset Owner Alliance, deren Mitglieder ein Vermögen von über 10,4 Billionen Dollar verwalten, eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die westlichen Regierungen auffordert, die Klimaziele nicht der Energiesicherheit zu opfern. „Die Welt steuert immer noch auf einen übermäßigen Verbrauch fossiler Brennstoffe zu, der das Kohlenstoffbudget, das zur Erreichung des 1,5-Grad-Celsius-Ziels des Pariser Abkommens erforderlich ist, bei weitem überschreiten wird. Dieser Trend muss gestoppt werden“, so das von den Vereinten Nationen unterstützte Bündnis in seiner [Erklärung](#) vom 8. April, und argumentiert, dass „das Argument der nationalen Sicherheit für eine Beschleunigung des Netto-Null-Umstiegs erheblich an Gewicht gewonnen hat“.

Man könnte sich fragen, inwiefern Vermögensverwalter befugt sind, sich zu Fragen der nationalen Sicherheit zu äußern? Sie haben kein Fachwissen in diesem Bereich. Es stellt sich heraus, dass auch ihr Verständnis von der Ökonomie der Energiepolitik mangelhaft ist.

Die Net-Zero Asset Owner Alliance behauptet, dass die Erschließung neuer Öl- und Gasreserven die Subventionen für fossile Brennstoffe festschreiben und die Marktverzerrungen verschärfen wird. Tatsächlich stellt die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem [Netto-Null-Bericht](#) 2021 fest, dass die Steuereinnahmen aus dem Einzelhandelsverkauf von Öl und Gas in den nächsten zwanzig Jahren um etwa 40 % sinken werden. „Die Bewältigung dieses Rückgangs wird eine langfristige Finanzplanung und Haushaltsreformen erfordern“, warnt die IEA. In ähnlicher Weise [schätzt](#) das britische Office of Budget Responsibility,

dass die Netto-Null-Strategie zu einem Verlust von Steuereinnahmen in Höhe von 1,6 % des BIP führen wird. So viel zum Mythos der Subventionen für fossile Brennstoffe. Wenn fossile Brennstoffe stark subventioniert würden, würde ihre Abschaffung bedeuten, dass die Subventionen für fossile Brennstoffe verschwinden. Stattdessen würden die Steuereinnahmen auf Null schmelzen.

Die Netto-Null-Investoren führen Zahlen für den Rückgang der Kosten für Solar- und Windenergie an. Diese Zahlen beruhen auf den so genannten Stromgestehungskosten (Levelized Cost of Energy, LCOE), einer Kennzahl, mit der die Lebenszykluskosten einer Anlage gemessen werden sollen. Wind- und Solarenergie sind unstetig, aber die LCOE-Kennzahlen lassen die Kosten der Unstetigkeit außer Acht, die umso höher sind, je mehr Wind- und Solarenergie ins Netz eingespeist wird. Da die Wind- und Solarstromproduktion auf das Wetter und nicht auf die Nachfrage reagiert, sinkt der Wert dieser Produktion, je mehr installierte Wind- und Solarkapazität verfügbar ist. Aus diesen Gründen kam der MIT-Wirtschaftsprofessor Paul Joskow in einer grundlegenden [Studie](#) aus dem Jahr 2011 zu dem Schluss, dass die Verwendung von LCOE-Metriken zum Vergleich von intermittierenden und abschaltbaren Stromerzeugungstechnologien wie Kohle und Erdgas eine „sinnlose Übung“ sei.

Wind- und Solarinvestoren müssen die Ökonomie des Stromnetzes nicht verstehen, um Geld zu verdienen – sie sind von den Kosten der Intermittenz abgeschirmt, die ihre Investitionen dem Rest des Netzes auferlegen, was ein Grund dafür ist, dass ihre Ansichten zur Energiepolitik mit Vorsicht zu genießen sind. Ihr wirtschaftlicher Analphabetismus macht es ihnen jedoch leicht, dem grünen Märchen von 100 % erneuerbaren Energien zuzustimmen. Sie sind nicht dafür verantwortlich, dass die Lichter brennen – das hängt davon ab, dass die traditionellen Kraftwerke aufgetankt und betriebsbereit sind, und das kann Deutschland ohne russisches Gas nicht tun. Folgt man der Forderung der Netto-Null-Allianz, keine neuen Investitionen in fossile Brennstoffe zu tätigen, so werden die Energiekosten unweigerlich in die Höhe schnellen. Und wenn die Lichter ausgehen, sind die Politiker schuld – nicht die findigen Investoren.

Die Meinung der Investoren zu Energie und nationaler Sicherheit wäre weniger wichtig, wenn sie keine politische Macht hätten. Der Bloomberg-Meinungsautor Matt Levine [argumentiert](#), dass die Vermögensverwalter riesiger Fonds ein paralleles Regierungssystem bilden, das sich mit den legislativen Befugnissen von Regierungen überschneidet. Diese „Government-by-Asset-Manager“, wie Levine sie nennt, weisen Unternehmen an, Dinge zu tun, von denen sie glauben, dass sie gut für die Gesellschaft als Ganzes sind, „indem sie große kollektive Entscheidungen darüber treffen, wie die Gesellschaft geführt werden sollte, nicht nur geschäftliche Entscheidungen, sondern auch Entscheidungen über die Umwelt und die Rechte der Arbeitnehmer und Rassenungleichheit und andere kontroverse politische Themen“.

Zu diesen Bereichen gehört vor allem die Klimapolitik. Obwohl die Regierung Biden ein Netto-Null-Ziel vorgegeben hat, hat der Kongress dieses Ziel nicht gesetzlich festgelegt, und es hat keine Gesetzeskraft. Das Fehlen von Gesetzen, die von demokratisch rechenschaftspflichtigen Gesetzgebern verabschiedet werden, stellt jedoch kein Hindernis für die Regierung durch Vermögensverwalter dar, die Klimapolitik für die Unternehmen, in die sie investieren, zu erlassen. „Investoren gehen für sich selbst Netto-Null-Verpflichtungen ein und verlangen von den Unternehmen, dass sie Treibhausgas-Reduktionsziele und Übergangspläne für die Erfüllung dieser Ziele aufstellen“, sagt Reverend Kirsten Snow Spalding vom gemeinnützigen *Ceres Investor Network on Climate Risk and Sustainability*.

Weder Spalding noch die Net-Zero Asset Owner Alliance argumentieren, dass die Erzwingung von Netto-Null-Zielen für Unternehmen die Renditen der Anleger steigern wird, was zeigt, dass es hier nicht um das traditionelle Anliegen der Anleger geht – Geld zu verdienen – sondern darum, Politik mit anderen Mitteln zu betreiben. Dabei arbeitet die Securities and Exchange Commission (SEC) Hand in Hand mit findigen Klima-Investoren. Spalding kommentiert die von der SEC neu vorgeschlagene **Vorschrift** zur Offenlegung von Klimarisiken und sagt, dass für Investoren, die sich verpflichtet haben, bis 2050 keine Emissionen zu verursachen, „dieser Regelentwurf absolut entscheidend ist“.

Es ist kein Zufall, dass der SEC-Vorsitzende Gary Gensler Ceres für seinen ersten Auftritt ausgewählt hat, um über die von der SEC vorgeschlagene Regelung zu sprechen. Natürlich rechtfertigte Gensler sie nicht mit denselben Worten wie Spalding. Dies hätte das Risiko erhöht, dass die Gerichte die Vorschrift in einem späteren Rechtsstreit kippen. Stattdessen versuchte Gensler, die Vorschrift damit zu **rechtfertigen**, dass sie „eine gewisse Standardisierung in die Konversation“ bringe und wesentliche Klimainformationen – die SEC hat 2010 Leitlinien dazu herausgegeben, wie Unternehmen solche Risiken offenlegen sollten – an einer Stelle zusammenfasse, um den Anlegern die Mühe zu ersparen, die Informationen aus verschiedenen Quellen zusammenzusuchen. Genslers Erklärung ist, um es höflich auszudrücken, nicht plausibel, wenn er den amerikanischen Unternehmen ein paralleles Klimareporting-System zum etablierten Rahmen der Finanzberichterstattung vorschreibt. Was auch immer Gensler in der Öffentlichkeit sagen mag, die SEC-Regel würde – wenn sie umgesetzt wird – dazu führen, dass Investoren den Unternehmen Netto-Null-Ziele auferlegen, die Fortschritte bei der Erfüllung dieser Ziele überwachen und die Vorstände der Unternehmen dafür zur Rechenschaft ziehen können.

Im Gegensatz zu gewählten Politikern sind findige Klima-Investoren nicht für die Auswirkungen ihrer Klimapolitik verantwortlich: Sie üben Macht aus, ohne Verantwortung zu übernehmen. Dieses Arrangement schwächt Amerikas Fähigkeit, auf die geopolitischen Herausforderungen eines revanchistischen Russlands und eines expansionistischen Chinas zu

reagieren. „Wir befinden uns in einem Kriegszustand – einem Notfall“, [erklärte](#) Energieministerin Jennifer Granholm letzten Monat auf der CERA-Energiekonferenz in Houston. „Wir müssen das kurzfristige Angebot verantwortungsvoll erhöhen, wo wir können, um den Markt zu stabilisieren und den Schaden für amerikanische Familien zu minimieren.“ An die Adresse der Ölmanager im Publikum gerichtet, [sagte](#) Granholm zu ihnen: „Ich hoffe, Ihre Investoren sagen diese Worte auch zu Ihnen: In diesem Moment der Krise brauchen wir mehr Angebot ... gerade jetzt müssen wir die Öl- und Gasproduktion erhöhen, um die aktuelle Nachfrage zu decken.“

Wie Granholm andeutete, haben Investoren versucht, das Gegenteil zu tun. Trotz des Krieges in der Ukraine hat der Druck der Investoren auf die Öl- und Gasunternehmen, ihre Aktivitäten zu reduzieren, nicht nachgelassen. Was auch immer man an der Handhabung des Krieges in der Ukraine durch die Regierung Biden kritisieren mag, so ist sie doch dafür verantwortlich, die schrecklichen Entscheidungen zu treffen, die ein Krieg mit sich bringt. Die Investoren hingegen tragen keine Verantwortung für die Sicherheit der Nation und die Fähigkeit Amerikas, den Westen anzuführen. Indem sie Investoren hilft, amerikanischen Öl- und Gasunternehmen ihre gewünschte Energiepolitik aufzuzwingen, untergräbt die SEC die nationalen Sicherheitsvorrechte der Biden-Administration und untergräbt Amerikas Fähigkeit, den Herausforderungen einer gefährlichen Welt zu begegnen. Die SEC spielt in einem Bereich, in dem sie nichts zu suchen hat.

Originally published by [RealClearEnergy](#). Republished with permission.

Link:

<https://heartlanddailynews.com/2022/04/woke-investors-threaten-the-wests-security/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE